



Bundesverband niedergelassener Fachärzte

Bundesverband niedergelassener Fachärzte e.V.
Regensburger Straße 109 · 92318 Neumarkt i.d. Opf.

Herrn
Hermann Gröhe
Bundesminister für Gesundheit
Friedrichstraße 108

10117 Berlin

Bundesverband
niedergelassener Fachärzte e.V.

Geschäftsstelle:

Regensburger Straße 109
92318 Neumarkt i. d. Oberpfalz

Telefon 0 9181 50901100

Fax 0 9181 50901150

info@bvnf.de

www.bvnf.de

3. Februar 2014

Offener Brief: Versorgung und Service bei Facharztterminen

Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister,

die in Ihrer jüngsten Rede im Deutschen Bundestag erneut bekräftigte Absicht, eine gesetzliche Zwangsregelung für die obligatorische Vergabe von Facharztterminen innerhalb von vier Wochen einzuführen, geht an den eigentlichen Problemen in der ambulanten Versorgung vorbei.

Wir betrachten diese ganze Diskussion als ein Ablenkungsmanöver, das das eigentliche Kernproblem der ambulanten fachärztlichen Versorgung umgehen soll, nämlich den zunehmend unlösbaren Spagat zwischen planwirtschaftlicher Regulierung und Budgetierung einerseits und gleichzeitig ungebremst steigender Inanspruchnahme im GKV-Sachleistungssystem.

Richtig ist, dass - trotz international immer noch kürzester Wartezeiten auf Facharzt-Termine - in Deutschland diese dennoch allmählich für die Patienten spürbar länger werden. Dennoch bekommen alle gesetzlich Versicherten bei entsprechender medizinischer Notwendigkeit nach wie vor kurzfristig Termine beim Facharzt.

Neben einer steigenden Inanspruchnahme aufgrund einer immer älter werdenden multimorbiden Gesellschaft und nicht zu Letzt auch medialer Verunsicherung und steigenden Anspruchshaltung der Bevölkerung, sehen wir uns einerseits einer zunehmenden Verlagerung stationärer Leistungen in den ambulanten Sektor wie auch dem medizinischen Fortschritt mit einer ungebremsten Leistungsausweitung hochspezialisierter und meist teurer Leistungen gegenüber.

Dem angekündigten gesetzlichen Zwang zur Vergabe noch schnellerer Facharzttermine - ungeachtet der medizinischen Dringlichkeit! - steht die Wirklichkeit der zunehmend in finanzielle Schieflage gekommenen Praxen der wohnortnahen fachärztlichen Versorgung gegenüber, insbesondere in den ländlichen Regionen.

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Terminverpflichtung unter Androhung der Öffnung der Kliniken - die jetzt schon völlig überlastet sind - und eine weitere Reduktion der ohnehin schon unzureichenden ambulanten Budgets durch Bereinigung wird das Problem nicht lösen, sondern eher verschärfen.

Diese Entwicklung wird den Exodus der niedergelassenen Fachärzte in den Ruhestand, das Ausland bzw. die Privat- und Selbstzahlermedizin weiter beschleunigen.

Folge wäre, wie in anderen Ländern bereits zu beobachten, die zunehmende Implementierung einer Mehrklassenmedizin.

Wir möchten den Erhalt und - wenn möglich - noch Verbesserungen in der fachärztlichen ambulanten Versorgung für alle Patienten, auch für GKV- Versicherte!

Statt gesetzlicher Zwangsmaßnahmen, die das sich abzeichnende Problem weiter verschärfen werden, wäre stattdessen notwendig:

Sukzessiver Abbau der Budgetierung sowie feste und angemessene Preise, beginnend für alle fachärztliche Grundleistungen, alle Notfälle und Unfälle.

Dann wird es auch in Zukunft klappen mit dem Nachwuchs und zeitnahen Facharztterminen!

Und zwar mit Terminen bei erfahrenen Fachärzten und nicht nur in Krankenhausambulanzen, wo in Ausbildung befindliche Assistenten unter Aufsicht überlasteter Oberärzte den von den Patienten mit Recht erwarteten Facharztstatus nicht werden halten können.

Die gewünschte Bremswirkung der Budgetierung aus den 90er Jahren ist jetzt zum Bremsklotz für den gewünschten Service in der fachärztlichen Versorgung der Patienten geworden.

Lösen Sie die Bremse - mit Bedacht und an den richtigen Stellen!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Wolfgang Bärtl
Vorsitzender



Dr. Dolf Hufnagl
1. stellv. Vorsitzender



Dr. Hartwig Kohl
2. stellv. Vorsitzender



Dr. Gernot Petzold
Schatzmeister



Dr. Karl Ebertseder
Schriftführer